

JAKOB MONETA

50 Jahre DGB – Rückblick und Ausblick

Jakob Moneta – Jg. 1914,
1931 Eintritt in den SAP-
Jugendverband, November
1933 Emigration nach
Palästina, bis 1939 im
Kibbuz, nach Bruch mit dem
Zionismus von der
britischen Besatzungsmacht
inhaftiert, 1948 Rückkehr
nach Köln, Redakteur der
»Rheinischen Zeitung«,
1953-62 Sozialreferent der
bundesdeutschen Botschaft
in Paris, 1962-78 Chef-
redakteur von »Metall«
und »Der Gewerkschafter«,
1991 Ausschluß aus der
SPD nach 40jähriger
Mitgliedschaft,
Sprecher der LL/PDS,
bis 1995 Mitglied des
Parteivorstandes der PDS;
Veröffentlichungen:
Aufstieg und Niedergang
des Stalinismus (1953),
Die Kolonialpolitik der FKP
(1968), Norbert Blüm –
Herz-Jesu-Marxist oder ka-
pitalistischer Propagandist?
(1985), Mehr Macht für die
Ohnmächtigen (1991).

Im März 1947 umschrieb General Walter J. Müller, Direktor des Amtes der amerikanischen Militärregierung für Bayern, die Aufgaben der deutschen Gewerkschaften so: »... wir haben die brennende Hoffnung und den Glauben, daß die freien und demokratischen Gewerkschaften, die Sie jetzt aufbauen, helfen werden, ein demokratisches Rückgrat für Deutschland zu formen.« Aber Hans vom Hoff, der 1948 Vorstandsmitglied der Gewerkschaften in der Britischen Zone war, berichtet, daß der Glaube daran, nach dem »Zusammenbruch« von 1945 die ganze Kraft zum Aufbau der Gewerkschaften einsetzen zu können, erheblich enttäuscht wurde. Die Arbeit vollzog sich in den ersten Monaten »illegal«. Meist wurde denen, die sich zur Verfügung stellten, die kalte Schulter gezeigt. In Braunschweig wurde der Vorsitzende der örtlichen Gewerkschaft, weil er mit der Beitragskassierung ohne Erlaubnis begonnen hatte, vor ein Kriegsgericht gestellt. Die Militärregierung hatte nämlich für den Aufbau der Gewerkschaften drei Phasen vorgeschrieben:

In der ersten mußten sich Interessenten finden, die eine Gewerkschaft gründen wollten. Für die Gründung selbst war die Genehmigung einer Militärregierung einer der Besatzungsmächte nötig. Danach erst durften Versammlungen abgehalten werden.

In der zweiten Phase wurde die Erlaubnis erteilt, Mitgliedsbeiträge zu kassieren.

In der dritten erhielten die Gewerkschaften das Recht, sich über den örtlichen Rahmen hinaus zusammenzuschließen, aber noch keineswegs in allen vier Besatzungszonen als zentrale Organisation.

Woher aber kamen die Menschen, die bereit waren, sich in den Hungerjahren der Nachkriegszeit für die Gründung von Gewerkschaften einzusetzen? Hans vom Hoff berichtet, daß von den Delegierten des Außerordentlichen Bundeskongresses der Britischen Zone im Jahre 1948 mehr als die Hälfte während der Nazizeit in Haft gewesen waren. Dennoch: Der Zusammenbruch des Dritten Reiches, der leider nur als Folge des verlorenen Krieges erfolgte und nicht durch den Akt einer Selbstbefreiung, fand die ersten Organisatoren der Gewerkschaften unvorbereitet. Wie der organisatorische Aufbau aussehen sollte, war zum Beispiel durchaus nicht klar. Es gab nicht wenige ehemalige Gewerkschaftsführer, die noch unter der Nazierrschaft glaubten, sie würden einfach die Arbeitsfront übernehmen, sie von Nazis säubern und eine Zwangsmitgliedschaft einführen müssen, weil nur so die Naziideologie überwunden werden und die Arbeiterschaft zur Mitarbeit am

Wiederaufbau herangezogen werden könnte. Es gibt viele, die glauben, der Aufbau der Gewerkschaften sei damals nur von »oben« erfolgt. Aber Theo Pirker schreibt in seiner kritischen Gewerkschaftsgeschichte »Die blinde Macht« (S. 31). Es war der »spontane« Wille der Arbeiterschaft und nicht der Wille einer kleinen Gruppe von Spitzenfunktionären, der dieses »Wunder der Organisation« nach 1945 in den Gewerkschaften vollbracht hat. Träger dieses Willens waren nicht die Funktionäre, die mit den Besatzungsmächten verhandelten, sondern die Betriebsräte und Sprecher der Belegschaft.« Die »Machtübernahme« durch die Betriebsräte erfolgte vor allem in jenen Großbetrieben, deren Eigentümer als Kriegsverbrecher angeklagt und in Haft waren. Schließlich waren viele dieser Konzernherren – als nach 1933 Gewerkschafter in Gefängnisse, in Zuchthäuser und Konzentrationslager eingewiesen wurden – zu Wehrwirtschaftsführern Hitlers aufgerückt. Aber die Betriebsräte hatten keinerlei Plan einer überregionalen, politischen Zentralisation. Sie dachten in erster Linie an die Wiederankurbelung der Produktion zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung.

Auch ohne Gesetze – faktische Macht

Bevor es auch nur Gemeindeverfassungen oder kommunale »Parlamente« gab, mußten auch Gemeinden doch irgendwie funktionieren. Was aber war damals Gemeindepolitik? Es bedeutete: Beseitigung von Trümmern, funktionierende Straßenbahnen, Versorgung mit Wasser und Strom, Brennstoffe, Nahrungsmittel. Und auch hier standen Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen an der vordersten Front. Es gab überhaupt kaum eine wichtige Entscheidung, die ohne sie getroffen werden konnte, denn sie waren imstande, Menschen zu mobilisieren, um gesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Noch niemals in der deutschen Geschichte hatten die Gewerkschaften – auch ohne gesetzliche Bestimmungen – so viel faktische Macht wie in den ersten Jahren, nachdem sie wieder entstanden waren. Sie waren damals mächtiger als die politischen Parteien. Es gab – besonders in Bayern – junge Gewerkschafter, die diese faktische Macht der Gewerkschaften festschreiben wollten. Sie wollten die Gewerkschaften zu einem selbständigen politischen Faktor machen. Die »Alten« nannten sie »Hitler-Jugend-Fraktion« und hingen an den Vorstellungen von vor 1933: Die Gewerkschaft müsse die politischen Aufgaben an die Parteien delegieren. Die Jungen konnten sich nicht durchsetzen. Die aus Konzentrationslagern und Haftanstalten befreiten Gewerkschafter hatten jedoch durchaus eine Vision, die Hoffnung auf eine neue »soziale Ordnung« in Deutschland. Schließlich wurde noch im Ahlener Programm von Christdemokraten gefordert, durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Gefahr des Faschismus als Produkt kapitalistischer Eigentumsverhältnisse für immer zu bannen. In fast allen Verfassungen der Länder drückte sich noch das wirkliche Kräfteverhältnis zwischen der Macht der Gewerkschaften und der Ohnmacht der mit den Nazis im Bunde gewesenen Unternehmer und ihrer Verbände aus. Dem demokratischen Staat wurden in diesen Verfassungen noch Eingriffsmöglichkeiten in das ökonomische

»Die Gewerkschaften ... setzen sich für eine Wirtschaftsordnung ein, in der die soziale Ungerechtigkeit und wirtschaftliche Not beseitigt und jedem Arbeitswilligen Arbeit und Existenz gesichert sind. Die Wirtschaftspolitik ... ist ... ein Kampfplatz, auf dem sich entscheidet, wieviel die einzelnen Interessengruppen an Arbeit und Leistung für die Gesamtheit aufzubringen haben und in welchem Umfange sie am volkswirtschaftlichen Ertrag beteiligt werden.«
Grundsatzprogramm des DGB, angenommen auf dem Gründungskongreß vom 12. bis 14. Oktober 1949 in München.

und soziale Leben eröffnet. Das Streikrecht war unter besonderen Schutz gestellt, in der hessischen Verfassung ist die Aussperrung verboten (Bundesrecht bricht Landesrecht – ebenso wie Eurorecht deutsches Recht heute bricht – darum gilt das eben nicht). Es gab noch Elemente unmittelbarer Demokratie – wie Volksbefragung und Volksentscheid. Die Vergesellschaftung der wichtigsten Machtzusammenballungen war vorgesehen. Nachdem aber die Zusammenarbeit der vier Besatzungsmächte mit dem Ausbruch des »Kalten Krieges« zerbrach, änderte sich die Lage schlagartig. Die Amerikaner – aber nicht nur sie – drängten auf eine endgültige Angleichung von »Trizonesien« – wie im Schlager des Kölner Karneval »Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien« die westlichen drei Besatzungszonen genannt wurden – an ihr kapitalistisches Wirtschaftsmodell.

»Grundsatzforderungen:
 I. Eine Wirtschaftspolitik, die unter Wahrung der Würde freier Menschen die volle Beschäftigung aller Arbeitswilligen, den zweckmäßigsten Einsatz aller volkswirtschaftlichen Produktivkräfte und die Deckung des volkswirtschaftlich wichtigsten Bedarfs sichert.
 II. Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung.
 III. Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigsten Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute.
 IV. Soziale Gerechtigkeit durch angemessene Beteiligung aller Werktätigen am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag und Gewährung eines ausreichenden Lebensunterhalts für die infolge Alter, Invalidität oder Krankheit nicht Arbeitsfähigen.«
 Ebenda.

Die Eingeborenen von Trizonesien

Wenn wir uns nun fragen, ob es damals den Gewerkschaften möglich gewesen wäre, die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse zu verhindern, so gehen die Meinungen auseinander. Eberhard Schmidt wirft in seinem Buch »Ordnungsfaktor oder Gegenmacht« der Gewerkschaftsführung vor, sie habe auf Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten gesetzt und gehofft, als Lohn hierfür Mitbestimmungs-, ja Mitgestaltungsrechte und sogar die Sozialisierung bestimmter Industriezweige zu erhalten. All dies ohne Mobilisierung, ohne Druck der Arbeiterklasse. Zu spät habe man begriffen, daß im Zeichen des sich verschärfenden Ost-West-Konfliktes die Amerikaner vor allem daran interessiert waren, in Mitteleuropa ein kapitalistisches Bollwerk gegen den kommunistischen Block zu errichten. Der Gewerkschaftsführung lag es fern, die Bevölkerung zu mobilisieren, um den Besatzungsmächten klar zu machen, daß ihre Rechnung nicht aufgeht. Trotz einer unvermeidlichen Niederlage – meint Prof. Eberhard Schmidt – wäre die Wachsamkeit gegenüber der Herstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse hierdurch gestärkt worden. Im Gegensatz hierzu waren auch linke Gewerkschafter der Ansicht, daß es damals zwar möglich war, gegen Demontagen, die Arbeits- und Lebensmöglichkeiten zerstörten, zu mobilisieren, oder gegen Hungerrationen. Aber es sei fraglich, ob erstens bei der damaligen Ohnmacht gegenüber den Besatzungsmächten eine Kampfansage für Sozialisierung erfolgreich gewesen wäre. Zweitens aber lasse Eberhard Schmidt die damalige internationale Situation außer acht: die Isoliertheit der deutschen Arbeiterklasse, nicht nur wegen der Kapitulation von 1933, die der Führung angelastet wurde. Auch wegen der antideutschen Propaganda in den Siegerstaaten konnte man nicht auf eine Solidarisierung mit einem Kampf der deutschen Arbeiterklasse setzen, wie sie 1923 noch möglich war. Nach der Besetzung des Ruhrgebietes durch den französischen Imperialismus verbrüderten sich damals französische Soldaten mit dem Ruf »Nieder mit Poincaré, nieder mit Stinnes« mit den streikenden deutschen Bergarbeitern. Dies war damals die Losung der Französischen Kommunistischen Partei! Allein schon der Versuch der Gewerkschaften mit Hans Böckler an der Spitze, eine andere

Organisationsform zu wählen, wurde verhindert. Hans Böckler plante, einen »Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund« zu schaffen (Wie es später der FDGB in der DDR war). Nicht nur eine Gewerkschaft im Betrieb, sondern auch an jedem Ort und in jedem Land, natürlich mit Industrie- oder Berufsabteilungen. Das wurde von der amerikanischen Besatzungsmacht verboten. Die Vergesellschaftung von Kohle, Stahl und Banken, wie es vor allem gemäß der NRW-Landesverfassung möglich war, wurde verboten. Es war sogar die damalige Labour-Regierungspartei Großbritanniens, die aus Furcht vor einer starken Machtzusammenballung in Konkurrenz mit der eigenen britischen Wirtschaft gegen die Sozialisierung eintrat. Plebiszite und Volksbefragung wurden verboten.

Zwei verpaßte Gelegenheiten

Im Jahre 1952 wurde dem Bundestag ein Betriebsverfassungsgesetz zur Verabschiedung vorgelegt, das in Wirklichkeit die Betriebsräte zur Ohnmacht verurteilte. Von Mitte Mai bis Ende Juni 1952 beteiligten sich 600.000 Menschen an Demonstrationen, Warnstreiks, Arbeitsniederlegungen, um die Verabschiedung dieses Gesetzes zu verhindern. Diese Protestbewegung wurde – trotz heftiger Gegenwehr auch aus den Reihen der Gewerkschaftsfunktionäre – von der Spitze abgebrochen. Der damalige DGB-Vorsitzende Christian Fette erklärte, die Gewerkschaften möchten sich nicht »dem Vorwurf aussetzen, sie wollten das Parlament unter Druck setzen.« Das war genau das Argument, das Bundeskanzler Adenauer vorgebracht hatte, als 1951 sich die überwältigende Mehrheit der Metaller und Bergarbeiter in einer Urabstimmung für den Streik zur Durchsetzung der gleichberechtigten Mitbestimmung entschieden hatte. Unter dem Druck dieser Drohung wurde damals gegen die Parlamentsmehrheit die Mitbestimmung durchgesetzt. Konrad Adenauer jedoch hatte es als verfassungswidrig erklärt, der Parlamentsmehrheit den gewerkschaftlichen Willen aufzuzwingen. Über die Macht der Wirtschaftslobby und ihre Einflußmöglichkeiten auf den Gesetzgeber ging Adenauer stillschweigend hinweg. Nun aber war es der DGB-Vorsitzende Christian Fette, der mit Adenauers Argument die Bewegung für ein Betriebsverfassungsgesetz, das diesen Namen verdiente, brutal abblockte. Diese Niederlage hat zusammen mit der Haltung von Christian Fette in der Frage der Aufrüstung zu seiner Ablösung an der Spitze des DGB durch den damaligen IG-Metall-Vorsitzenden, Walter Freitag, geführt. Aber auch den Kampf gegen die Wiederaufrüstung hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung verloren. Im Januar 1952 sprach sich völlig überraschend das Vorstandsmitglied des DGB, Hans vom Hoff, für die Aufrüstung aus. Der DGB-Vorsitzende Christian Fette bezog kurz darauf die gleiche Linie. Daraufhin trafen hunderte Protestresolutionen von DGB Ortsausschüssen, von Kreisverbänden, von Einzelgewerkschaften – geradezu Waschkörbe voll – beim DGB-Bundesvorstand ein. In Esslingen, bei Daimler-Benz in Mannheim, in Bergwerken des Ruhrgebietes wurden Warnstreiks durchgeführt. Ende Februar 1952 berief der DGB ein Gremium von 400 Funktionären zusammen, die keine beschlußfassende Autorität hatten, die jedoch erklärten, sie

»Als die Wirtschaftswissenschaft die Gesetze der freien Marktwirtschaft niederschrieb, rechnete sie nicht mit der immer stärkeren Entwicklung jener Großunternehmen, Trusts, Konzerne und Kartelle, die die Gesetze der freien Marktwirtschaft aufhoben. Heute ist die Marktwirtschaft weder frei noch sozial. Heute verhindert sie die freie Entfaltung; sie verschärft die ohnehin schon großen Gegensätze zwischen reich und arm ...«
Ebenda.

»Die Demokratisierung des politischen Lebens muß ... durch die Demokratisierung der Wirtschaft ergänzt werden ...
Die Betriebe als Zellen der Volkswirtschaft arbeiten nicht zum Selbstzweck, sondern müssen auf das gemeinsame Wohl der gesamten Bevölkerung abgestellt werden. Ihre Existenz ist nicht in erster Linie eine Frage des vorhandenen Kapitals, sondern entscheidend abhängig vom Faktor Arbeit. Das Kapital kann nur durch die Arbeit des Menschen eine nützliche und wirksame Rolle spielen; es kann deshalb in den Betrieben nicht alleinbestimmend sein. Wie fordern daher die verantwortliche soziale, personelle und wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Betrieben der Wirtschaft.«
Ebenda.

»Eine demokratische Führung der Wirtschaft darf nicht durch privatwirtschaftliche kartell- und monopolartige Einrichtungen und Abreden untergraben werden. Daher wird die staatliche Kontrolle derartiger Gebilde unter Beteiligung der Gewerkschaften gefordert.

... Die Gewerkschaften fordern ... eine wesentlich erweiterte Publizität der wirtschaftspolitischen und wirtschaftspraktischen Arbeit von Verwaltung, Wirtschaft und Finanz durch Statistik, ausführliche Bilanzveröffentlichungen und sonstige geeignete Maßnahmen.«
Ebenda.

seien gegen die Aufrüstung, für die Auflösung des Parlaments und für eine Volksbefragung über die Wiederaufrüstung. Die vorwärtstreibenden Kräfte in diesem Gremium kamen nicht so sehr von der »Basis« als vielmehr aus der Schicht der mittleren und unteren Funktionäre aus den Betrieben und den einzelnen Gewerkschaftsorganisationen. Die Massenbewegung gegen die Aufrüstung, die jedoch danach einsetzte, rüttelte Millionen auf, deren Erinnerungen an die katastrophalen Folgen des Zweiten Weltkrieges noch zu frisch waren, um leicht verdrängt werden zu können.

Wahlsieg Adenauers fördert Aufrüstungspläne

Aber im Juni 1953 erhoben sich die Arbeiter in Ostberlin und danach in vielen Städten der DDR. Der Aufstand wurde niedergeschlagen. Tausende wanderten in Gefängnisse. Dies war die erste Revolte in den »nichtkapitalistischen Staaten«, der später andere in Polen, Ungarn und in der ČSSR folgen sollten. Die Arbeiterschaft signalisierte damit, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ohne Arbeiterdemokratie, ohne demokratische Freiheitsrechte, ohne autonome Gewerkschaften für sie kein Sozialismus ist. Als im Herbst 1953 – kurz nach der Revolte in der DDR – eine Bundestagswahl stattfand, konnte Bundeskanzler Adenauer sich nicht nur auf eine verbesserte Wirtschaftslage stützen, sondern auf einer Welle von angeheiztem Antikommunismus reiten, die auch der KPD ihre Parlamentssitze kostete. Er gewann fünf Millionen neue Wählerstimmen von denen, die 1949 noch kein Vertrauen zu dieser Republik hatten und den Urnen fern geblieben waren. Ungerührt betrieb er nun seine Pläne in Form einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die für ihn nur der Rahmen für die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik war. Diese Pläne scheiterten jedoch in der französischen Nationalversammlung, in der sie keine Mehrheit fanden

Aber am 30. Dezember 1954 wurden unter dem Druck der USA die sogenannten Pariser Verträge erzwungen, die den Weg zur deutschen Aufrüstung im Rahmen der NATO freimachten. Daraufhin kündigten der DGB-Vorsitzende Walter Freitag, der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer zusammen mit dem Theologen Helmut Gollwitzer und anderen aus der Welt der Wissenschaft für den 29. Januar 1955 eine Protestkundgebung in der Frankfurter Paulskirche gegen die Pariser Verträge an. Angekündigt als Beginn einer »disziplinierten Volksbewegung«, wurde die Paulskirche zum Ort der Beerdigung der Bewegung gegen die Remilitarisierung. Der Bundestag verabschiedete die Pariser Verträge, und am 5. Mai 1955 wurde die BRD in die NATO aufgenommen. Noch einmal jedoch bäumte sich die Arbeiterbewegung auf, und zwar gegen die tödliche nukleare Bedrohung in einem möglichen Dritten Weltkrieg. Am 12. April 1957 veröffentlichten achtzehn bekannte deutsche Physiker die »Göttinger Erklärung« mit der sie den ausdrücklichen freiwilligen Verzicht auf eine atomare Bewaffnung der Bundesrepublik forderten. Niemand von ihnen, hieß es darin, werde sich an Herstellung, Erprobung oder gar Einsatz von Atomwaffen beteiligen. Diese Erklärung schlug wie eine Bombe in der Öffentlichkeit ein.

Kampf dem Atomtod

SPD und Gewerkschaften gerieten wieder in Bewegung. Es entstand das »Komitee Kampf dem Atomtod«. Auf einer großen Versammlung des Aktionsausschusses dieses Komitees am 23. März 1958 in Frankfurt tauchte die Forderung auf: »Generalstreik gegen die atomare Aufrüstung«. Der Ausschuß stellte jedoch sofort klar, daß die Gewerkschaften über einen solchen Beschluß alleine, ohne jeglichen Druck, entscheiden müßten. Jetzt ginge es nur darum, was jeder einzelne zu tun bereit sei im Kampf gegen den Atomtod. Der Bundesvorstand des DGB beschloß bald darauf, daß er von jeder Streikaktion absehen wolle. Ihren Höhepunkt fand die Bewegung gegen den Atomtod am 1. Mai 1958. Theo Pirker, der Gewerkschaftshistoriker, meint sogar in seinem Buch »Die SPD nach Hitler«, es sei insgesamt noch niemals in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Führung von SPD und Gewerkschaften gelungen, für eine Losung – »Kampf gegen den Atomtod« – so viele Hunderttausende zu mobilisieren. Das unrühmliche Ende der offiziellen, von Gewerkschaften und SPD unterstützten Bewegung gegen den Atomtod kam, als die Bundesregierung gegen drei Landesregierungen, die eine Volksbefragung über die atomare Rüstung durchführen wollten, das Bundesverfassungsgericht anrief. Dieses hat eine solche Volksbefragung prompt als verfassungswidrig erklärt! Die Periode, in der SPD und DGB an die Spitze außerparlamentarischer Bewegungen gestellt, oder sie zumindest gefördert hatten, ging nun für viele Jahre zu Ende. In der Bewegung gegen die Notstandsgesetze wirkte nur ein Teil der Gewerkschaften – vor allem die IG Metall – mit bedeutenden Wissenschaftlern und Philosophen – wie Habermas und Ernst Bloch – aber auch mit der Studentenbewegung zusammen. Sie stand damals unter der Führung des SDS, des »Sozialistischen Deutschen Studentenbundes«. Im Haus der IG Metall in Frankfurt wurde für Helmut Schauer, damals führend im SDS, ein Büro eingerichtet, von dem aus Aktivitäten der Gewerkschaften und Studenten gegen die Notstandsgesetze koordiniert wurden. (Helmut Schauer sitzt heute noch als einer der fruchtbarsten Gewerkschaftstheoretiker in der IGM Vorstandsetage). Auch die Bewegung gegen die Notstandsgesetze endete mit einem Mißerfolg. Die Ursachen für all diese Mißerfolge liegen sicher auch darin, daß in der langen Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs mehr materielle Erfolge – wenn auch verbunden mit Streikkämpfen – durchgesetzt werden konnten als je zuvor in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Das begünstigte die Illusion, wir lebten im Zeitalter der »permanenten Reformen« – wie dies Willy Brandt als SPD-Bundeskanzler nannte. Wir hätten »gelernt«, Krisen des Kapitalismus rasch zu überwinden, wenn nicht gar sie zu verhindern. Hinzu kam, daß die Vorstellung einer anderen Gesellschaftsordnung – wie sie noch im alten sozialdemokratischen Programm in Form des »Zukunftsstaates« vorhanden war, aufgegeben worden ist. Es gab keine »soziale Utopie« mehr.

Es wurde uns nichts geschenkt

Es war nicht der Wirtschaftsaufschwung, der allein sein Füllhorn über die Arbeitenden ausschüttete. Die Gewerkschaftsbewegung

»Die Herstellung einer Ordnung, in der der arbeitende Mensch Subjekt und nicht nur Objekt wirtschaftlichen Geschehens ist, ist die Voraussetzung für den Bestand einer freiheitlichen Demokratie. Sie gewährleistet erst jedem Menschen ohne Unterschied des politischen Bekenntnisses, des Glaubens und der Rasse ein freies und menschenwürdiges Leben; sie ist die Grundlage gesellschaftlichen und kulturellen Fortschritts und sichert die friedliche Zusammenarbeit der Völker.«
Ebenda.

»Die Veränderungen in der Gesellschaft, die Koalitionsfreiheit, die Tarifautonomie und die Sozialpolitik haben die Erscheinungsformen des sozialen Konflikts gewandelt. Zwar hat die allgemeine Anhebung des Lebensstandards, die vor allem der Schaffenskraft und dem Fleiß der Arbeitnehmer und nicht zuletzt dem ständigen Drängen der Gewerkschaften zu verdanken ist, vielen Arbeitnehmern neue Möglichkeiten der Lebensgestaltung eröffnet. Aber die Ungerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung, die Abhängigkeit vom Marktgeschehen, von privater Wirtschaftsmacht und die Ungleichheit der Bildungschancen sind nicht überwunden. Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse geführt ... Die Arbeitnehmer, d. h. die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen ...«

Grundsatzprogramm des DGB, beschlossen auf dem a. o. Bundeskongreß in Düsseldorf, November 1963.

mußte soziale Errungenschaften erkämpfen. Schrittmacher war zuerst die IG Metall. 1951 streikte sie in Hessen. Der in der Nazizeit verhängte Lohnstopp wurde nach dem Krieg von den Besatzungsmächten aufrechterhalten. Es ging um Pfennige. Der Erfolg war mager. Aber er stärkte das Selbstbewußtsein. Der Bayernstreik 1954 führte zu einer bitteren Niederlage. Der Angestelltenausschuß hatte beschlossen mitzumachen, aber die Angestellten waren noch nicht so weit. Schwere Auseinandersetzungen mit Streikbrechern und der Polizei und ein bitteres Ende mit Maßregelung von hunderten der kämpferischsten Funktionäre, die ihre Arbeit verloren. Das war entmutigend. Erst 40 Jahre später, 1995, wagte die IG Metall wieder in Bayern zu streiken. Aber am 24. Oktober 1956 begann in Schleswig Holstein eine Auseinandersetzung, an der sich 32.000 Arbeiter aus 34 Großbetrieben beteiligten. Sie dauerte 114 Tage. Es ging dabei um die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Krankheitsfalle. Für Frauen und Kinder der Streikenden wurden Kulturveranstaltungen durchgeführt, um sie der »feindlichen Propaganda« der Unternehmer zu entziehen. Vier Urabstimmungen waren nötig, um das Verhandlungsergebnis durchzusetzen: 90 Prozent des Nettolohnes im Krankheitsfalle. Die vom Vorstand ausgehandelten Kompromisse wurden mehrfach in Urabstimmungen abgelehnt. Diese »gewerkschaftliche Bewegung war auch im Bewußtsein der Kämpfenden selbst wesentlich mehr als eine Lohnbewegung«, urteilte der Politologe Prof. Wolfgang Abendroth. Am 29. April 1963 führte der Bezirksleiter von Baden-Württemberg, Willi Bleicher, der zehn Jahre lang Häftling im KZ Buchenwald war, mehr als 100.000 Metaller in einen Streik für 8 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Sein Gegenspieler auf der Unternehmenseite war Dr. Hanns Martin Schleyer, ehemaliges SS-Mitglied. Es schien, als hätten die Schatten der Vergangenheit die Bühne der Geschichte erneut betreten. Willi Bleicher aber wollte nicht den Kampf der Vergangenheit führen, sondern die junge Nachkriegsgeneration ihre eigene Erfahrung mit der herrschenden Klasse der BRD machen lassen, die sofort eine Aussperrung von zusätzlich 200.000 Metallern und Metallerrinnen verhängte. »Wer heute aussperrt, sperrt morgen ein« war eine der Losungen, die an die Aussperrung von 1928 erinnerte, verhängt von den Ruhrindustriellen, die später als Weggefährten der Nazis auch für das Einsperren waren. Löhne und Gehälter wurden nach dem Arbeitskampf um 5 Prozent und ein Jahr danach um 2 Prozent erhöht. Aber für Willi Bleicher war das wichtigste, daß sich »tausendfältige Formen der Kollegialität und Solidarität entwickelt hatten«, wie die täglich erscheinene Streikzeitung berichtete.

Samstags gehört Vati mir

Im Aktionsprogramm von 1955 hatte der DGB die »Fünftagewoche mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich und täglicher achtstündiger Arbeitszeit« gefordert. Das hierfür entworfene Plakat, auf dem ein Kind verlangte: »Samstags gehört Vati mir«, schlug mächtig ein. Schritt für Schritt wurde 1956 die 45-Stunden-Woche, dann 1958 die 44- und im »Bad Homburger Abkommen« von 1960 die allmähliche Einführung der 40-Stunden-Woche bis

zur Jahresmitte 1965 erreicht. Wegbereiter war die IG Metall. Als 1966 die Große Regierungskoalition von SPD und CDU gebildet wurde, führte Bundeswirtschaftsminister Schiller (SPD) Gewerkschaften, Arbeitgeber und Regierungsvertreter in einer »Konzertierten Aktion« zusammen, um wirtschaftspolitische Maßnahmen aufeinander abzustimmen. Im September 1969 legten ausgerechnet in den »mitbestimmten« Stahlbetrieben, die als völlig »sozialpartnerschaftlich« galten, 80.000 Arbeiter in mehr als 40 Betrieben spontan die Arbeit nieder. Diese »wilden Streiks« als Protest gegen die Mäßigung, die von der »Konzertierten Aktion« auferlegt wurde und die rasant gestiegenen Profite, erzielten eine Lohnerhöhung von 11 Prozent. Der Führung der IG Metall waren wegen der »Friedenspflicht«, die ihnen gültige Tarifverträge auferlegten, die Hände gebunden. Aber Otto Brenner und die Zeitung »metall« äußerten volles Verständnis für den »Unmut« der Streikenden. Ausgangspunkt für das Verständnis des Arbeitskampfes 1971 – wiederum in Baden-Württemberg – ist die Rezession 1966/67. Die Gewerkschaftsführung war von diesem nicht erwarteten Wirtschaftsabschwung wie gelähmt. Als die Konjunktur wieder auf vollen Touren lief, trat sie in der Tarifpolitik immer noch auf der Stelle. Aber die spontanen Streiks 1969 und die Mobilisierung 1970 hatten Erfolge erzielt. 1971 zeichnete sich ein Abschwung der Konjunktur ab und der Arbeitgeberverband »Gesamtmittel« war fest entschlossen, der IG Metall eine Niederlage beizubringen.

Unternehmer fanden kein Verständnis

Am 24. November 1971 traten in 14 Verwaltungsstellen der IG Metall 120.000 in den Arbeitskampf. Am gleichen Tage beschloß Gesamtmittel, seine rund 530 Mitgliedsfirmen mit jeweils über 100 Beschäftigten sollten ihre Arbeiter(Innen) am 26. November aussperren. Bei Daimler Benz in Mannheim mit der kampferprobten und politisch fortschrittlichen Belegschaft prangte daraufhin am Eingangstor ein Riesentransparent: »Kann der Schleyer nicht mehr weiter, übernehmen den Betrieb die Benzarbeiter«. In der täglich erschienenen Streikzeitung konnte man nach der Beendigung des Kampfes lesen, daß die Aussperrung ein »außerparlamentarischer Kampf gegen die Bundesregierung« gewesen sei. Die Unternehmer bedauerten in einer Erklärung, daß sie »bei den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern mit ihren Vorstellungen ... kein Verständnis fanden.« Im Oktober 1973 bewiesen die Metaller Nordwürttemberg/Nordbadens, diesmal bereits mit dem neuen Bezirksleiter Franz Steinkühler, daß es möglich ist, für menschliche Arbeitsbedingungen, für Menschenwürde, einen Streik zu führen und zu gewinnen. Kündigungsschutz und Verdienstsicherung für ältere Arbeitende wurde erzielt, Mindestlohnzeiten für Fließband- und TaktarbeiterInnen von fünf Minuten pro Stunde über die drei Minuten Pause für persönliche Bedürfnisse hinaus. Verbot von Arbeitstaktzeiten unter anderthalb Minuten. Mehr »Lebensqualität am Arbeitsplatz« wurde erstritten. Während es in den acht Jahren von 1963 bis 1971 keinen einzigen großen gewerkschaftsoffiziellen Streik gegeben hatte, fielen in den Zeitraum von 1971 bis 1978, eine Periode von nur sieben Jahren, vier

»Die Gewerkschaften kämpfen um die Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Damit wollen sie eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, die darauf abzielt, alle Bürger an der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen zu lassen.«
Ebenda.

»Der Deutsche Gewerkschaftsbund ruft alle noch abseits stehenden Arbeitnehmer auf, durch ihre Mitarbeit in den Gewerkschaften an der sozialen Ausgestaltung und Festigung der Demokratie und an dem Aufbau einer gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mitzuwirken.«

Ebenda.

Unsere Zeit verlangt vor allem die demokratische Gestaltung des gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Lebens, damit jeder Mensch seine Gaben nützen, seine Persönlichkeit frei entwickeln und verantwortlich mitentscheiden kann. Nur wenn es gelingt, eine solche Ordnung zu schaffen, wird die Freiheit des einzelnen, die Freiheit der Gemeinschaft und eine wahrhaft demokratische Gesellschaft in allen ihren Lebensformen verwirklicht werden. Sie allein ist die Gewähr für ein menschenwürdiges Leben und der einzig wirksame Schutz gegen totalitäre und andere unwürdige Daseinsformen.«

Ebenda.

»Das Gemeineigentum in seinen verschiedenen Formen hat in der modernen Industriegesellschaft entscheidende Bedeutung, besonders auch als Lenkungs- und Steuerungsmittel der Wirtschaft. Die Gewerkschaften fordern die Erhaltung und Ausweitung des öffentlichen Besitzes an wirtschaftlichen Unternehmen und seine Weiterentwicklung zu einem sinnvollen System öffentlicher und öffentlich gebundener Unternehmen. Die freie Gemeinwirtschaft ist Bestandteil einer am Gemeinwohl ausgerichteten Wirtschaftsordnung ...«

große Arbeitskämpfe allein im Organisationsbereich der IG Metall: der Streik in NW/NB vom 16. bis zum 25. Oktober 1971; der Streik im Unterwesergebiet vom 6. bis 27. März 1974; Streik und Aussperrung in NW/NB vom 15. März bis 7. April 1978; Streik und Aussperrung in der Stahlindustrie November 1978 bis Januar 1979.

Dreimal im Laufe eines Jahres griffen die Unternehmerverbände 1978 zur Waffe der Massenaussperrung: gegen die Beschäftigten der Druckindustrie, gegen die Metaller in Baden/Württemberg und gegen die Stahlarbeiter, hauptsächlich in NRW. Bereits 1976 hatten die Druckereibesitzer massiv die Aussperrung als Kampfmittel eingesetzt, so daß die kleine IG Druck und Papier dieser Arbeitskampf rund 30 Millionen DM kostete, was sie an den Rand des finanziellen Ruins trieb. Jetzt aber wurde die Aussperrung als Waffe begriffen, Gewerkschaften streikunfähig zu machen. Man brauchte sie nicht zu verbieten. Mit leeren Kassen würden sie kampfunfähig sein.

Herzenswunsch der Stahlarbeiter

Die an der »Basis« entstandene Losung lautete 1978 in NW/NB: »Wer aussperrt, gehört eingesperrt«. Die »Streik-Nachrichten« wurden mit Verhängung der Aussperrung zum ersten Mal in »Aussperrungs-Nachrichten« umgewandelt. Demonstrationen, massenhafte Klagen bei den Arbeitsgerichten gegen die Aussperrung sollten in der Öffentlichkeit das Unrecht der Aussperrung sichtbar machen. Die ausgesperrten Stahlarbeiter in NRW, deren Streikposten sich gegen die bittere Kälte durch eiserne Kohleöfen schützten und ihre Weihnachtsbäume im Freien mit angemalten Eiern schmückten, weil sie bereit seien, auch bis Ostern zu streiken, äußerten ihren Herzenswunsch mit der Losung: »Jetzt sperren uns die Bosse aus – wann schmeißen wir die Bosse raus?« Sie verloren zwar ihren Kampf für die 35-Stunden-Woche, erreichten jedoch ein seit langem erstrebtes gewerkschaftliches Ziel: sechs Wochen – 30 Tage – Urlaub. Außerdem vier Prozent mehr Lohn-Gehalt- und Ausbildungsvergütung, mehr Freischichten für Nachtarbeiter und über 50jährige. Allerdings sollte der Manteltarifvertrag, in dem die 40-Stunden-Woche festgeschrieben war, erst am 31. Dezember 1983 enden – also fünf Jahre lang dauern! Mit der Rezession der achtziger Jahre steigt die Arbeitslosigkeit scharf an. Die IG Metall will durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit einen eigenen Beitrag zu ihrer Bekämpfung leisten. Mit der über der Zahl 35 aufgehenden Sonne als Symbol beginnt sie ihren Kampf für die 35-Stunden-Woche, den sie schrittweise gewinnt. Die konservative Regierung der »politisch-moralischen Wende« will verhindern, daß Arbeitnehmer, die als indirekt Betroffene eines Arbeitskampfes beschäftigungslos werden, (weil nötige Lieferungen nicht eintreffen) Kurzarbeitergeld bekommen.

Für Waffengleichheit

Im Dezember 1985 mobilisieren DGB und IG Metall gegen die geplante Änderung des Paragraphen 116 AFG, die zur finanziellen Ausblutung streikender Gewerkschaften führen soll. Tausende

Aktionen werden durchgeführt. 7,2 Millionen Menschen unterzeichnen ein »Arbeitnehmersvotum«. Auf dem Höhepunkt beteiligen sich an Protesten während der Arbeitszeit eine Million Arbeitnehmer. Aber die Regierung beschließt ungerührt im März 1986 die Änderung des AFG 116. Im »Bündnis für Arbeit« besteht auch unter der »rot-grünen« Koalition keine »Waffengleichheit« zwischen Vertretern der Unternehmer und den Gewerkschaften, die einen Arbeitskampf fürchten müssen. Versprechen, die Änderung des AFG 116 rückgängig zu machen, wurden auch von der jetzigen Regierung nicht erfüllt. Die bayrischen Metaller konnten 1995 ihren Streik gewinnen, weil sie Betriebe auswählten, die möglichst geringe »Fernwirkungen« hatten, so daß die Kasse der IG Metall nicht durch »kalt Ausgesperrte« geplündert wurde. Das von Klaus Zwickel 1999 angekündigte »Ende der Bescheidenheit«, nachdem nachweislich Lohnverzicht nicht – wie versprochen – mehr Investitionen und Arbeitsplätze geschaffen hatte, führte nicht nur in der IG Metall, sondern auch in anderen Gewerkschaften zu Massendemobilisierungen, durch die Einkommenserhöhungen erzielt worden sind.

Sorgenfalten zum 50. Geburtstag

Seit 1991 schrumpfte die Mitgliederzahl des DGB von 11,8 auf 8,3 Millionen. Das ist nicht nur auf die steigende Zahl von Arbeitslosen zurückzuführen. Dort, wo die Gewerkschaften stark verankert waren, in den Industriebranchen, sinkt die Zahl der Beschäftigten. Im wachsenden Dienstleistungsbereich gibt es nur wenig organisatorische »Tradition«, die wichtig ist für die Gewinnung von Mitgliedern. Die Zahl der schwieriger zu organisierenden Angestellten übersteigt mit 54 Prozent die der Arbeiter, die nur noch 39 Prozent der Beschäftigten ausmachen. Gehen wir deshalb dem neuen Jahrhundert mit einer ohnmächtigen Gewerkschaftsbewegung entgegen? Der Politikwissenschaftler Prof. Bodo Zeuner, meint die Zukunft der Gewerkschaften liege in weltweiter Zusammenarbeit. Wenn sie sich am Konkurrenzkampf nationaler Volkswirtschaften beteiligen, tragen sie zu ihrer Selbstauflösung bei. Arno Klönne, Professor für Soziologie schreibt: »Die Gewerkschaften würden sich selbst überflüssig machen, wenn sie auf deutliche Opposition zur ökonomischen Regierung, also der Eigenmacht der Kapitalverwertung, verzichteten. Sie brauchen Konfliktfähigkeit und Konfliktbereitschaft.«

Betet für eine neue Arbeiterbewegung!

Jeremy Rifkins, Präsident eines privaten Forschungsinstituts in Washington, erklärte auf einer Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung: »In den USA hatte die Industriebeschäftigung in den sechziger Jahren noch einen Anteil von 30 Prozent, heute noch von sieben(!). Der Prozeß vollzieht sich weltweit. Rifkin rief dazu auf, wieder über Visionen zu diskutieren, sonst würde man schon gedanklich scheitern. »Die 356 reichsten Menschen in den USA haben so viel Vermögen, wie die Hälfte der Weltbevölkerung als Jahreseinkommen zur Verfügung hat« – das müsse ein Ansatzpunkt neuer Visionen sein. »Kapitalismus ist gut für die Produktion, aber

Ebenda.

»Jedes Wirtschaften ist seiner Natur nach gesellschaftlich. Es darf nicht allein vom Gewinnstreben bestimmt sein. Von wirtschaftlichen Entscheidungen werden insbesondere die Arbeitnehmer betroffen. Deshalb müssen sie und ihre Gewerkschaften gleichberechtigt an der Gestaltung der Wirtschaft beteiligt werden. Die wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist eine der Grundlagen einer freiheitlichen und sozialen Gesellschaftsordnung. Sie entspricht dem Wesen des demokratischen Rechtsstaates.«

Ebenda.

»Die gegenwärtige Einkommens- und Vermögensverteilung ist ungerecht. Es ist dringend erforderlich, alle Volksschichten an der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung zu beteiligen. Der Umfang der Beteiligung der Arbeitnehmer am Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit ist ein wesentlicher Maßstab für soziale Gerechtigkeit ... Diesem Ziel müssen alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen dienen.«

Ebenda.

»Eines der charakteristischen Merkmale der modernen Industriegesellschaft ist der fortschreitende Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft ... Damit wächst die Gefahr des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht – zu wirtschaftlichen, aber auch zu politischen Zwecken – ständig. Der demokratische Staat hat die Pflicht, diesen Mißbrauch zu verhindern.«
Ebenda.

nicht für die Verteilung der Erfolge. Betet für eine neue Arbeiterbewegung!«, sagte Rifkin. Unverzichtbar im Kampf sei weitere Arbeitszeitverkürzung. »Wir sind von der 80- zur 35-Stunden-Woche gelangt, wo ist das Problem weiterer Verkürzungen?«, fragt Rifkin. Einen wirklichen Sprung in der Beschäftigung hält der Forscher nur im sozialen und kulturellen Bereich für möglich.¹ Seltsamerweise stimmt der pragmatische US-Wissenschaftler mit dem überein, was Karl Marx in den »Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie« erklärte. Er ging davon aus, daß in dem Maße, in dem der Kapitalismus die wissenschaftliche Technologie entwickelt, die Produktion mehr und mehr unabhängig von menschlicher Arbeit im eigentlichen Sinn des Wortes wird. Der Arbeitende werde dann neben den Produktionsprozeß treten und sich als gesellschaftliches Individuum entwickeln. Der Diebstahl an fremder Arbeit wird aufhören, die Quelle des Reichtums zu sein. Die Verringerung der notwendigen Arbeit der Gesellschaft auf ein Minimum – und damit die Erringung von mehr Muße – wird die künstlerische, wissenschaftliche usw. Ausbildung der Individuen ermöglichen durch die für alle freigewordene Zeit und die geschaffenen Mittel. Oder anders ausgedrückt: Die radikale Verlängerung der über das ganze Leben zu verteilenden Muße als Schul- und Lernzeit wird dazu dienen, sich Kultur, Kunst, Wissenschaft anzueignen, aber auch, um mehr Zeit zu leben und zu lieben zu haben.

1 »Brenner-Brief«, Informationsdienst der Otto-Brenner-Stiftung, September 1999.